

„Wir müssen über den Tag hinausdenken“

Der Oberbürgermeister ermutigt zur Integration von Flüchtlingen

Niemand weiß in diesem Herbst, wie viele Menschen am Ende des Jahres 2015 Zuflucht in Deutschland gesucht haben. Vielleicht werden eine Million Flüchtlinge aus Syrien, Irak, Afghanistan und anderen Staaten in der Bundesrepublik angekommen sein. Durch den unregelmäßigen Zuzug über die Balkanroute hat sich über wenige Monate die Sonderlast in Bayern zweifelsohne noch einmal verstärkt.

Man kann, man muss manches beklagen: die mangelnde Solidarität in Europa, nicht funktionierende Abkommen, dass Asylverfahren zu lange dauern, dass sich Verhandlungen in die Länge ziehen oder dass es nicht gelingt, an den EU-Außengrenzen geregelte Verfahren einzuleiten. Vieles ist zu verbessern. Wir brauchen eine geordnete und ausgewogene Verteilung von Flüchtlingen nach dem so genannten Königsteiner Schlüssel auf alle Bundesländer. Städte und Gemeinden brauchen mehr finanzielle Unterstützung vom Bund. Das Unbehagen über schleppende Prozesse und mangelnde Strategien ändert aber nichts an der Tatsache, dass Tag für Tag auch in Nürnberg Menschen ankommen, die vor Krieg, Terror und Verfolgung geflohen sind und nun einer ordentlichen Aufnahme bedürfen. Das ist unsere humanitäre Pflicht. Wir können sicher nicht alle Menschen aufnehmen. Aber ich bin strikt dagegen, Menschen schlecht zu behandeln, um sie abzuschrecken.

Es gibt nur wenige Sätze in unserem Grundgesetz, die genauso kurz und klar sind wie der Beginn des Artikels 16a. Er lautet: „Politisch Verfolgte genießen Asyl.“ In der derzeitigen Situation heißt das aber auch: Wir alle müssen mit dem Widerspruch leben, dass einerseits das Asylrecht als individuelles Recht selbstverständlich keine Obergrenze kennt, dass andererseits aber unsere Möglichkeiten begrenzt sind. Aus diesem Dilemma befreit uns niemand.

Die Aufnahme von hunderttausenden Flüchtlingen geht nicht im Handumdrehen. Wir müssen dafür

alle Anstrengungen unternehmen. Dass dies gelingen kann, zeigt nicht zuletzt die überwältigende Hilfsbereitschaft vieler Bürgerinnen und Bürger in diesen Tagen. In Nürnberg haben sich innerhalb weniger Wochen über 400 Frauen und Männer an einem Bürgertelefon im Sozialreferat gemeldet, um ihre ganz praktische Hilfe anzubieten. Das ist ein sichtbares Zeichen einer solidarischen Stadtgesellschaft. Diese moralischen Ressourcen gilt es weiter zu heben und zu nutzen.

Dass gleichzeitig eine von Hass erfüllte Minderheit in Deutschland fremdenfeindliche und rassistische Kundgebungen veranstaltet, dass Unterkünfte für Asylbewerber Ziele von Anschlägen werden, ist erschreckend und schändlich. Für solche kriminellen, menschenfeindlichen (Gewalt-)Taten gibt es null Toleranz. Volksverhetzern muss der Rechtsstaat die Grenzen aufzeigen. Alle Demokraten sind dazu aufgerufen, gerade in Zeiten besonderer Herausforderungen die Werte und den Geist unserer Verfassung zu leben: den Geist der Freiheit, Menschlichkeit und Solidarität.

Bei der Aufnahme von Flüchtlingen müssen wir über den Tag hinausdenken. Derzeit geht es vor allem um Erstaufnahme, Notunterkünfte, Verpflegung, medizinische Versorgung. Doch diese Phase wird irgendwann vorbei sein. Nach Ablauf des Asylverfahrens werden viele Flüchtlinge in Deutschland bleiben. Dann beginnt die große Aufgabe der Integration.

Seit September weist die Regierung unserer Stadt wöchentlich 200 bis 250 Neuankömmlinge zu. So lebten in Nürnberg Ende Oktober 2015 in 70 verschiedenen Unterkünften, darunter auch in leerstehenden Bürogebäuden und Industriehallen, rund 6 500 Flüchtlinge. Etwa 2 200 von ihnen haben nur eine geringe Perspektive, hier bleiben zu können. Wer keinen Anspruch auf Asyl hat, muss auch wieder zurückgeführt werden. Aber 4 000 Menschen werden vermutlich dauerhaft in Nürnberg ihre Zu-



kunft suchen. Dies ist eine Größenordnung, die zu bewältigen ist, sicher jedoch nicht Jahr für Jahr.

Integration funktioniert über Kindergärten, Schulen, Sprachunterricht und Beruf. Es geht um zusätzlichen Wohnraum, um Plätze in Kindertagesstätten und Schulen, um Ausbildung und Chancen am Arbeitsmarkt. Dabei dürfen wir niemanden in der einheimischen Bevölkerung überfordern. Hilfsbereitschaft und Besorgnis über die Entwicklungen existieren derzeit nebeneinander. Deshalb verdient die aufnehmende Gesellschaft die gleiche Empathie, die wir den Flüchtlingen entgegenbringen. Wir werden mehr Wohnungen bauen als wir vorhatten – aber für alle Gruppen, nicht nur für Flüchtlinge. Soziale Konkurrenzen müssen wir vermeiden. Nürnbergs Stadtpolitik wird immer eine Stadtpolitik für alle Nürnbergerinnen und Nürnberger bleiben.

Deutschland hat in seiner mehr als 70-jährigen Friedensgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg viele Zuwanderer aufgenommen. Nach 1945 fanden rund zwölf Millionen Vertriebene aus den ehemaligen Ostgebieten eine neue Heimat. Allein nach Bayern kamen 1,9 Millionen Neubürger. Die Bevölke-

rung im Freistaat wuchs innerhalb kürzester Zeit um 28 Prozent. Von solchen Dimensionen sind wir heute meilenweit entfernt. Die aktuelle Flüchtlingszahl in Nürnberg liegt bei etwas mehr als einem Prozent der gesamten Einwohnerschaft. Später wurden in unserem Land „Gastarbeiter“ verpflichtet, doch Menschen und ihre Familien kamen – und blieben. Und nach dem Fall des Eisernen Vorhangs ging es um die Aufnahme vieler Spätaussiedler. In Deutschland leben heute 4,5 Millionen Muslime, 8,2 Millionen Menschen mit ausländischem Pass und 16,7 Millionen Personen mit Migrationshintergrund. Immer wieder zeigte sich unsere Gesellschaft gerüstet. Warum soll das jetzt anders sein?

Ich bin zuversichtlich, dass auch die Integration der jetzigen Flüchtlinge gelingen wird. Vor allem dann, wenn sich nicht nur Politik, Behörden, professionelle Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbände darum kümmern, sondern sich die ganze Zivilgesellschaft weiter so stark wie bisher engagiert. Vor uns liegt eine neue, eine große Integrationsaufgabe. Ich glaube, dass wir es schaffen. ■

www.fluechtlingshilfe.nuernberg.de



Erste Aufnahme: Für Transitflüchtlinge richtete die Stadt im Stadionbad ein Zeltcamp ein. Die provisorische Unterkunft ist inzwischen wieder aufgelöst.